

Till Westermayer¹

Parteiinterner Einsatz neuer Medien und die Macht der Eliten: Beginnt das eherne Gesetz der Oligarchie zu brechen oder droht die Rückkehr der Kaderpartei?

Vortrag auf dem Treffen der DVPW-Ad hoc-Gruppe „Internet und Politik“ am 27./28. Juni 2002 in der HU, Berlin.

Unter dem Generalthema »Macht und Virtualität« soll es jetzt darum gehen, der Frage nachzuspüren, ob der parteiinterne Einsatz neuer Medien eher dazu beiträgt, die Macht der innerparteilichen Eliten zu stärken oder zu schwächen. Bevor ich mich zu dieser Frage äußere, möchte ich etwas ausholen und zwei allgemeinere Thesen näher erläutern.

These 1: Technik wirkt auf Soziales, ist aber zugleich sozial formbar

Neue Medien – das Instrument computervermittelter Kommunikation – unter dem hier interessierenden Blickwinkel sind nicht zuletzt eine neue Technologie. Es geht darum, was der Einsatz einer bestimmten Technik für Folgen auf soziale Strukturen und Handlungsgefüge hat. Auch wenn Medientechnik im allgemeinen und Computer im besonderen eine besondere Form von Technik darstellen, so gilt doch, was allgemein für Technik gilt, auch für diese Form von Technik.

Damit sind wir letztlich bei der Frage, ob Technik determinierend auf soziale Gefüge wirkt. In den Begrifflichkeiten der eDemokratie-Debatte: »Computer alleine wirken demokratisierend.« Diese Frage der Technikdeterminiertheit des Sozialen möchte ich im Hinblick auf neuere Erkenntnisse der Techniksoziologie klar verneinen. Ohne jetzt näher auf den Streit verschiedener techniksoziologischer Schulen einzugehen (vgl. als Überblick zur aktuellen Techniksoziologie Degele 2002), so kristallisiert sich doch das Bild heraus, dass sowohl die Technikgenese als auch die Technikenutzung Ergebnisse von Aushandlungsprozessen darstellen. An diesen Aushandlungsprozessen darüber, wie Technik als Form geschlossen wird, und wie Technik genutzt wird, genutzt werden kann, wirken einerseits soziale Akteure mit: Einzelne, handelnde Menschen, Gruppen mit kollektiven Interessen, Institutionen. Andererseits ist es aber auch nicht so, dass Technik sich als beliebig formbar darstellt. An den Aushandlungsprozessen über Technikenutzung ist damit letztlich auch die Materialität der Technik selbst beteiligt. Dies kann im Gefolge von Bruno Latour sozialkonstruktivistisch als ein Plädoyer für eine symmetrische Behandlung menschlicher und nicht-menschlicher

¹ Soziologie (M.A.), zur Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Forstbenutzung und Forstliche Arbeitswissenschaft der Universität Freiburg. Zu erreichen unter till@tillwe.de.

Akteure aufgefaßt werden; die Technik wird zum Mitspieler in den Auseinandersetzungen um ihre Nutzung. Etwas weniger radikal konzipiert bleibt noch immer eine gewisse Widerständigkeit oder auch Widerständigkeit der Technik zu verzeichnen, eine Einschränkung von Möglichkeitsräumen und eine Definition von Handlungskorridoren, die eng mit der technischen Materialität zusammenhängt. Das realistische Programm der Techniksoziologie, wie es etwa von Bernward Joerges vertreten wird, wäre hier exemplarisch zu nennen.

Fazit dieser ersten These: Technik wirkt auf Soziales ein, ist aber zugleich sozial formbar. Technik kann eingeschriebene Programme weiterverfolgen und Möglichkeiten eröffnen oder reduzieren, ist dabei aber immer auch auf die Kooperation ihrer NutzerInnen angewiesen. Zwischen einer technikdeterministischen und einer sozialdeterministischen Position ergibt sich ein Blick auf Technik als wirkender und bewirkter Bestandteil sozialer Handlungsfelder und -gefüge.

Bezogen auf die Erforschung digitaler Demokratie, auf die Frage danach, ob und wie das Internet Politik verändert, heißt das: Es ist wichtig, danach zu suchen, welche zugeschriebenen Wirkungsweisen der Technik Internet so fest in sie eingeschrieben sind, dass sie fast auf jeden Fall soziale Wirkungskraft erlangen, und welche Wirkungsweisen dann doch eher soziale Zuschreibungen sind, die gar nicht so sehr von der Technik selbst abhängen, sondern etablierte, aber letztlich kontingente Gewohnheiten darstellen. Diese Frage nach der Eigenlogik der Technik Internet zwingt bei der Untersuchung computervermittelter Kommunikation dazu, systematisch Protokollschicht für Protokollschicht – von der harten materialen Technik der Drähte bis hin zur symbolischen Technik der Softwarestandards – daraufhin abzuklopfen, was durch die Entscheidung für ein bestimmtes Protokoll tatsächlich festgeschrieben ist, und was diesem Protokoll an sozialen Folgen zugeschrieben wird. Diese allgemeine Aussage möchte ich später am Beispiel des Virtuellen Parteitags verdeutlichen.

These 2: Parteien sind formal demokratisch

Wenden wir uns von der Technik ab. Wenn es stimmt, dass Technik weder deterministisch noch sozial bestimmt noch neutral ist, sondern ein interessengeladener Mitspieler in sozialen Auseinandersetzungen, dann sollte uns jetzt – es geht schließlich um das soziale Innenleben der Parteien – interessieren, wie die Eigenlogik der Parteien aussieht, welche weiteren Akteure hier auftauchen und welche Programme und Interessen diese vertreten. Als Soziologe bin ich mir bewußt, dass ich mich hier auf relativ dünnes Eis begeben, wenn ich hier vor einer politikwissenschaftlichen Tagung etwas über das Innenleben von Parteien erzähle.

Auf der anderen Seite gibt es ja durchaus eine breite soziologische Tradition der Beschäftigung mit Parteien und ihren Akteuren; nicht zuletzt der im Vortragstitel auftauchende Robert Michels und sein ehernes Gesetz der Oligarchie wäre hier zu nennen. Paul Tiefenbach

hat 1998 in einer lesenswerten Untersuchung über die Parlamentarisierung der Grünen ganz ähnliche Prozesse beobachtet.

Mit der Frage danach, wie das soziale Innenleben von Parteien aussieht, habe ich mich im Rahmen meiner Magisterarbeit (Westermayer 2001a) auseinandergesetzt, bei der es darum ging, den Virtuellen Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg aus soziologischer Sicht – in diesem Fall: vor allem mit den Mitteln der qualitativen Sozialforschung – näher zu betrachten. Ausgehend von Interviews mit einigen Mitgliedern der baden-württembergischen Grünen, und der parteiensoziologischen Literatur (u.a. Greven 1987; Niedermayer 1993; Wiesendahl 1996) komme ich dabei zu einem Bild der Eigenlogik der Partei, bei dem sich Parteien als Ineinandergreifen verschiedenartiger sozialer Netzwerke und der Prozess des Mitgliedswerdens in einer Partei als ein Prozess der Binnensozialisation verstehen lassen. Ein neues Parteimitglied wird entweder ganz außen vor bleiben, und die Partei nur ideell und finanziell unterstützen, oder sucht Anschluss an existierende soziale Netzwerke – in Orts- und Kreisverbänden, in fachpolitischen Arbeitsgruppen, auf Parteitag, über Bekannte in der Partei. Dabei lernt das Parteimitglied nicht nur, diese Parteimitgliedschaft als Teil der eigenen Identität zu sehen, sondern auch die formalen und informellen Regeln der Partei und ihrer Form der Meinungsbildung kennen. Es lernt etwas darüber, wer welche Positionen im Machtraum der Partei besetzt, und es kann intuitiv die Unterscheidung zwischen Basismitgliedern, der aktiven, aber relativ einflusslosen mittleren Funktionärschicht und den mehr oder weniger professionalisierten Parteieliten aus Vorständen und Fraktionen nachvollziehen. Parteitage haben neben der speziellen Bedeutung für die Pflege überregionaler sozialer Netzwerke und die Binnensozialisation dabei weiterhin auch meinungsbildende Funktionen, und dienen – was als Rechtfertigung einer strikten Parteitagsregie angeführt wird – auch zur medialen und öffentlichen Inszenierung von Positionen und Personen.

Parteien sind formal demokratisch organisiert, das heißt, sie gestehen ihren Mitgliedern gewisse Rechte zu. Zugleich sind Parteien – ganz unabhängig von der technischen Ausstattung – ein stark vermachtetes soziales Feld. Zur in föderalen Hierarchien festgeschriebenen formalen Machtstruktur kommt ein großer Einfluß informeller sozialer Netzwerke, deren Dichte, Stärke und Größe nicht nur von der erfolgreichen Sozialisation innerhalb der Partei abhängt, sondern auch von den Ressourcen der darin verbundenen Akteure: Geld und Arbeitskraft, auf die insbesondere Fraktionsmitglieder zurückgreifen können, der mediale Aufmerksamkeitsfokus, der nicht jeden trifft, und der durchaus manipulierbar ist, Reputation und nicht zuletzt auch die in Parteiarbeit investierbare Zeit. Obwohl Parteien formal demokratisch organisiert sind, sind also die einzelnen Parteimitglieder ganz und gar nicht gleich einflußreich darauf, wie die Partei von außen wahrgenommen wird, welche Programme sie als die ihren übernimmt und welche sie tatsächlich umsetzt, nicht zuletzt auch darauf, wohin die Partei steuert. Selbst normativ ist der

demokratische Anspruch in den Köpfen der Parteimitglieder nicht unbedingt verankert, oder beschränkt sich auf lokale Zirkel und Räume. »Die da oben werden es schon gut machen, soviel Vertrauen muss sein.«, könnte hier die Aussage lauten.

Die Tatsache, dass die soziale Wirklichkeit von Parteien eben nicht der normativen Idee freier und gleicher Entscheidungen entspricht, sondern sich als relativ kompliziertes soziales Gefüge entpuppt, und nicht zuletzt auch von weiteren externen Faktoren abhängen, gesteuert etwa über mediale Aufmerksamkeit, finanzielle Zuwendungen oder die politischen Interessen von Koalitionspartnern, spielt hier eine relevante Rolle, weil – was zu zeigen sein wird – Technik sich eben nicht unabhängig davon in Parteien implementieren lässt.

Das Beispiel des Virtuellen Parteitags

Das Ergebnis meiner ersten These war, dass Technik als ein Akteur im sozialen Feld auftritt. Das Ergebnis der zweiten These ist, dass Parteien einen sozialen Raum darstellen, der intern netzwerkartig strukturiert ist und durch eine Vielzahl an unterschiedlich einflußreichen Akteuren gekennzeichnet ist. Es stellt sich jetzt also die Frage, ob Technik dazu beitragen kann, diesen sozialen Raum zu demokratisieren – auch gegen den Willen relevanter politischer Akteure?

Damit wäre zuerst einmal zu klären, wieso Technik der Wunsch zugeschrieben wird, demokratisierend zu wirken. Oder anders ausgedrückt: Welche Eigenschaften computervermittelter Kommunikation können als demokratisierend wirksam – also die Macht der Eliten brechend – beschrieben werden? Der vorher angekündigte detaillierte Blick auf verschiedene Protokollebenen der computervermittelten Kommunikation bleibt nicht erspart. Diese Ebenen können dabei nach Martin Rost als ineinandergreifende, miteinander verzahnte und aufeinander aufbauende Module gesehen werden, die zu einem Turm aufgestapelt sind. Der genaue Blick auf diesen Turm kann hier aber auch nicht in aller Ausführlichkeit erfolgen (vgl. Westermayer 2001a). Exemplarisch seien deswegen nur zwei der an computervermittelter Kommunikation beteiligten Protokollschichten näher beschrieben – unter Berücksichtigung der Frage nach ihrem Demokratisierungspotenzial.

Die tiefliegende *physikalische Schicht* des Virtuellen Parteitags – also Telefonkabel, Ethernetrouter, Netzwerkstrecken – führt dazu, dass auf Kopräsenz verzichtet werden kann und muss. Dies hat zum einen die Folge, dass Menschen nicht am gleichen Ort sein müssen, um gleichzeitig miteinander kommunizieren zu können. Räumliche Mobilität als Voraussetzung für politische Aktivität wird damit reduziert (und durch zeitliche Flexibilität ersetzt). Zum anderen ist mit dem Verzicht auf Kopräsenz ganz basal auch ein Verzicht auf Körperlichkeit, auf die Möglichkeit nonverbaler Kommunikation und auf das Austarieren sozialer Positionen im Raum gegeben. »Weder die imposante Gestalt, noch die laute Stimme oder die elegante

Kleidung schaffen in CvK-Szenarien einen Kommunikationsvorteil.« (Döring 1999: 214). Alle werden damit etwas gleicher, aber zugleich auch etwas unsichtbarer, solange sie sich nicht explizit äußern. Beiden Eigenschaften eines verteilten technischen Kommunikationsmediums werden demokratisierende Tendenzen zugeschrieben: Verzicht auf Mobilitätsforderungen sowie der Verzicht auf eine in den Raum eingeschriebene Vermachtung. Auf der anderen Seite ist mit dieser physikalischen Schicht auch eine Ankopplung an große technische Systeme gegeben. Diese drückt sich global als Abhängigkeit vom Funktionieren des Kommunikationsnetzwerks genauso wie der Stromversorgung aus, und zieht lokal die Notwendigkeit nach sich, angeschlossen zu sein. Wer keinen Zugang hat, ist nicht da, und wer sich lange Online-Stunden nicht leisten kann – eine Frage der sozialen Normierung dieser Technik – wird nur kurz am Parteitag teilnehmen können. Zu erwähnen ist noch die mit dem Setzen auf eine bestimmte physikalische Protokollschicht basal ermöglichte und erzwungene digitale Verarbeitung, die Fragen der Authentizität und der Sicherheit nach sich zieht.

Viel weiter oben im Turm der technischen Ebenen liegt die auf dieser und weiteren Schichten aufbauende, als Software implementierte Oberfläche des Kommunikationsmediums. Beim Virtuellen Parteitag wurde hier die Entscheidung getroffen, ein auf das Universalmedium WWW (und damit die Zugänglichkeit durch herkömmliche Internetbrowser und nicht durch Spezialanwendungen) aufbauendes nicht-anonymes, in verschiedene Bereiche gegliedertes Diskussionsforum einzusetzen. Die Kommunikation erfolgt damit textbasiert (was die in der physikalischen Schicht schon angelegte Gleichmachung durch den Verzicht auf soziale Hinweisreize verstärkt), aber nicht abgekoppelt vom sozialen Raum der Partei (da eben nicht nur Eloquenz und Argumente zählen, sondern auch die Namen, die hinter den Beiträgen stehen). Fluide, virtuelle Identitäten bilden sich hier genausowenig heraus wie ein spielerischer Umgang mit politischen Positionen. Der Ernst der Lage – die Realität des virtuellen Szenarios – ist allen bewusst, auch wenn Raum für Nettigkeiten und das eine oder andere Flirten mit dem Medium bleibt. Mit der Wahl dieser Software verbunden ist auch die Tatsache eines bestimmten Zeitregimes: Antworten auf Redebeiträge müssen nicht sofort erfolgen, aber trotz Asynchronizität innerhalb einiger Stunden, um nicht hinter dem sich bewegenden Aufmerksamkeitshorizont zu verschwinden. Dies wiederum zieht bestimmte Teilnahmezeiten nach sich – wer 24 Stunden online ist, hat Diskussionsvorteile (vgl. zum Zeitregime des Virtuellen Parteitags auch Westermayer 2001b).

Die durch den Verzicht auf Kopräsenz erzielte prinzipielle Unsichtbarkeit des Publikums wird durch die eingesetzte Software nicht behoben – es gibt keinen sichtbaren Applaus, kein Minenspiel der unbeteiligten Menge. Wer nicht schreibt, ist nicht – oder nur als Stimme im Abstimmungstool – vorhanden. Wer allerdings schreibt, kann in Ruhe nach Informationen suchen, kann auf Argumente eingehen und mit Gegendarstellungen auf Reaktionen reagieren.

Dies alles lässt sich als Möglichkeit einer sachlicheren – und weniger emotionaleren – Diskussion beschreiben (aber auch als Verzicht auf viele Mittel der Rhetorik, als Verzicht auf Charisma und als kühl und technisch). Auch hier lassen sich Demokratisierungstendenzen hindeuten.

Es ist schon mit diesen Beispielen deutlich geworden, dass zum Teil ganz bewusst politisch bestimmte Wirkungspakete ausgewählt wurden, dass zum Teil aber die sozialen Entscheidungen, die zu den spezifischen Wirkungen einer bestimmten Protokollschicht beitragen, zeitlich weit entfernt und von anderen Akteuren gefällt wurden. Auf die technischen Beschränkungen etwa des WWW bezüglich Sicherheit hat eine Partei, die es als Medium wählt, keinen Einfluss. Mit der politischen Entscheidung für eine bestimmte Technologie sind so zugleich immer auch bestimmte mögliche Wirkungsräume verbundenen, die dann wiederum durch bestimmte soziale, aber auch technische Nutzungsnormen weiter eingeschränkt werden können: Wer sich für textuelle Kommunikation entscheidet, schließt damit die sozialen Wirkungen räumlich-bildlicher Kopräsenz endgültig aus. Wer festlegt, dass die textuelle Kommunikation nicht anonym geschehen kann, und bestimmte Beiträge und Namen im System hervorhebt, koppelt die Diskussion an den Machtraum der Partei, stellt – auch durch die Wahl der Themen – den Parteitag unter Wirklichkeitsverdacht.

Für den Virtuellen Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen lautet mein Fazit – aufgrund der sozialen Wirkungen der ausgewählten und zugeschnittenen Technologien – dass es sich um ein gelungenes Experiment der Machbarkeit handelt, das Zugangsschwellen gesenkt wurden, dass aber weder eine langfristige Machtverschiebung in der Partei noch ein Zugang zur politischen Sozialisation hiermit ermöglicht wurden (vgl. Westermayer 2001a; 2001c; vgl. zur Bewertung des Virtuellen Parteitags auch Bubeck/Fuchs 2001 und die Beiträge in Heinrich-Böll-Stiftung 2001). Damit ist aber noch keine allgemeine Aussage dazu getroffen, ob der parteiinterne Einsatz neuer Medien die Macht der Eliten bricht oder stärkt. Im Fall des Virtuellen Parteitags wurde von den Eliten ein relativ stark eingeschränkter Raum geschaffen, dessen Betreten nicht nur an technische Voraussetzungen, sondern auch an verfügbare Zeit gekoppelt war, innerhalb dessen demokratisierende Effekte computervermittelter Kommunikation tatsächlich wirksam werden konnten. Es bleibt fraglich, ob diese Effekte über den raumzeitlichen Rand des Parteitags hinaus Bestand hatten. Um ein zweites Beispiel zu nennen, der virtuelle Parteitag der Grünen in Schleswig-Holstein scheint – durch eine etwas andere technische Gestaltung – den der Baden-Württemberg sogar noch übertroffen zu haben, was das Schaffen demokratischer Räume anbelangt. In beiden Fällen war das informelle Machtsystem der Partei zwar nicht unbedingt immer präsent, aber doch immer abrufbar, wenn es brenzlich wurde. Zugleich waren beide Virtuellen Parteitag singuläre Ereignisse, die auf eine bestimmte Zeit begrenzt blieben. Die realen Folgen auf den Kurs der Partei sind damit gering. Trotzdem glaube ich nicht, dass diese relative Wirkungslosigkeit der

demokratisierenden Tendenzen nur an der Singularität der Parteitage hing – auch die Intranets der großen Parteien führen meines Erachtens nur zu einer sehr begrenzten Zunahme an innerparteilicher Demokratie.

Allgemeine Schlußfolgerungen

Was läßt sich nun, nach diesem doch eher skeptischen Blick auf den Virtuellen Parteitag – als Instrument der Demokratisierung – an allgemeinen Schlußfolgerungen ziehen? Der Einsatz von Technik alleine macht jedenfalls noch lange keine Demokratisierung aus. Im Vergleich zu älteren Kommunikationsmedien bringen die Internet-Technologien einige Faktoren mit sich, die demokratisierend eingesetzt werden können und in einem ganz begrenztem Maße sogar zwingend demokratisierend wirken.

Ein einfaches Beispiel dafür ist die Einrichtung und Veröffentlichung einer eMail-Adresse des Parteivorstandes, die die Kosten und den Aufwand für jedes Parteimitglied, in Kontakt mit dem Vorstand (oder seinem Sekretariat) zu treten, deutlich senken. Wer eine öffentliche eMail-Adresse haben will (und sei es nur, weil das heute eben dazugehört), wird mit einer Zunahme an Feedback aus der Partei rechnen müssen, und kann sich zwar dann entscheiden, dieses Feedback zu ignorieren, muss aber zumindest diese Entscheidung treffen. Hier geht nur beides zusammen: eMail-Adresse und leichtere Erreichbarkeit für Feedback.

Allgemein aber spielt die Technik im parteiinternen Machtspiel eine relativ bescheidene Rolle. Sie kann bestehende Kommunikationskanäle effektivieren und neue Kommunikationskanäle (auch an etablierten Strukturen vorbei) eröffnen. Sie kann dazu beitragen, eine Partei mit zentralen Newslettern, Argumentationshilfen und einem einseitig bestückten Intranet gleichzeitig besser zu informieren und / oder straffer zu führen. Je nachdem, wie sie eingesetzt wird, kann sie helfen, mehr Transparenz über das Innenleben der Partei in der Öffentlichkeit (und auch in der Partei selbst) zu schaffen, oder aber ein reale Zusammenhänge vernebelndes Image kommunizieren.

Es erscheint mir allerdings weder sinnvoll, Internettechnologie als ganze zu betrachten noch überhaupt eine Technik zu untersuchen, ohne auf das soziale Feld zu achten, in dem sie eingesetzt werden soll. Dabei geht es nicht nur um die Frage, ob eine spezifische Technik akzeptiert wird, sondern auch darum, wer sie nutzt und wer sie nutzen kann. Welche Akteure mit welchen Ressourcen und Interessen sind in diesem Raum, in dem nun Technik auftaucht? Stichwörter, auf die ich jetzt nicht näher eingehen möchte, sind hier ganz allgemein die Frage nach dem Digital Divide, danach, ob bei einer zunehmenden Umstellung auf Online-Kommunikation ‚Offliner‘ nicht benachteiligt werden, und nicht zuletzt danach, ob aufgrund noch immer existierender kultureller Vorstellungen männlicher und weiblicher Technik der

zunehmende Einsatz computervermittelter Kommunikation zu einer Verstärkung von geschlechtsspezifischen Ausschliessungstendenzen führt.

Um zum Schluß zu kommen: Ohne zu wissen, wer welche Technik in was für ein vorhandenes soziales und kulturelles Feld einführt, wem diese in welcher Form zugänglich ist und wer über Nutzungsweisen und Handlungswissen entscheidet, bleibt die Frage nach dem Bruch oder dem Erhalt der Macht von Eliten durch den Einsatz neuer Medien unbeantwortbar. Die jeweils nach innerparteilichen politischen Aushandlungsprozessen umgesetzte spezifische Technik – der Einsatz neuer Medien – führt zu nicht mehr und nicht weniger, als bestimmte Handlungsoptionen einfacher zugänglich zu machen und andere zu erschweren. Sie gibt damit Partieliten (mit den Ressourcen Geld, Arbeitskraft und Information) und zu einem eingeschränkterem Maß auch engagierten Parteimitgliedern (sofern sie über die Ressource Zeit und über die technischen Zugangskompetenzen verfügen) ein Werkzeug in die Hand, das sich im parteiinternen Machtspiel einsetzen läßt, das mit bestimmten Effekten verbunden ist, das sich in die eine oder andere Akteurskonstellation – vielleicht sogar ganz zentral – einbeziehen läßt. Ohne aber einerseits den politischen Willen zur Demokratisierung und ohne andererseits Parteimitglieder, die auch die reale Kompetenz haben, ihre virtuellen Möglichkeiten zu nutzen, trägt computervermittelte Kommunikation nicht dazu bei, die Macht der Eliten zu begrenzen oder gar zu brechen. Oder, positiver ausgedrückt: Mit einigermaßen wachen und aktiven Menschen innerhalb einer Partei führt auch das straff geführte Botschaftsmanagement einer Partielite nicht dazu, dass sich neue Kaderparteien oder Wahlvereine eine Mediendemokratie etablieren. Im Feld ‚Partei‘ erweisen sich damit andere Akteure und Einflussfaktoren als wirkmächtiger als die eingesetzte Technik.

Literatur

Bubeck, Bernhard / Fuchs, Gerhard (2001): *Auf dem Weg in die digitale Politik. Eine Untersuchung zum Virtuellen Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg*. Arbeitsbericht Nr. 198, November 2001. Stuttgart: Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg.

Degele, Nina (2002): *Einführung in die Techniksoziologie*. München: W. Fink.

Döring, Nicola (1999): *Sozialpsychologie des Internet. Die Bedeutung des Internet für Kommunikationsprozesse, Identitäten, soziale Beziehungen und Gruppen*. Göttingen u.a.: Hogrefe.

Greven, Michael Th. (1987): *Parteimitglieder. Ein empirischer Essay*. Opladen: Leske + Budrich.

Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2001): *www.virtueller-parteitag.de. Untersuchungen zum 1. Virtuellen Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg am 24.11. – 3.12. 2000.* Reihe »Studien & Berichte der Heinrich-Böll-Stiftung«, Nr. 6. Berlin.

Niedermayer, Oskar (1993): »Innerparteiliche Demokratie«, in ders. / Richard Stöss (Hrsg.): *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland.* Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 230-250.

Rost, Martin (1997): »Anmerkungen zu einer Soziologie des Internet«, in Lorenz Gräf / Markus Krajewski (Hrsg.): *Soziologie des Internet. Handeln im elektronischen Web-Werk.* Frankfurt am Main / New York: Campus, S. 14-38.

Tiefenbach, Paul (1998): *DIE GRÜNEN. Verstaatlichung einer Partei.* Köln: PapyRossa Verlag.

Westermayer, Till (2001a): *Was passiert, wenn eine Partei im Netz tagt? Der 'Virtuelle Parteitag' von Bündnis 90/Die Grünen aus soziologischer Sicht.* Unveröff. Magisterarbeit, <http://www.westermayer.de/till/uni/parteitag-im-netz.pdf>.

Westermayer, Till (2001b): »Zeitsparen mit dem Internet? Ein zweiter Blick auf Zeitaspekte des Virtuellen Parteitags«, in *Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): www.virtueller-parteitag.de. Untersuchungen zum 1. Virtuellen Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg am 24.11. – 3.12. 2000.* Reihe »Studien & Berichte der Heinrich-Böll-Stiftung«, Nr. 6. Berlin, S. 69-9

Westermayer, Till (2001c): »Zur Funktionsweise Virtueller Parteitage«, in Bieber, Christoph (Hrsg.): *ParteiPolitik 2.0 – Der Einfluss des Internet auf parteiinterne Kommunikations- und Organisationsprozesse.* Bonn: Wirtschafts- und sozialpolitischen Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 48-71.

Wiesendahl, Elmar (1996): »Parteien als Instanzen der politischen Sozialisation«, in Bernhard Claußen und Rainer Geißler (Hrsg.): *Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation.* Ein Handbuch. Opladen: Leske+Budrich, S. 401-424.